

Geld fehlt, warum?

2,3 Milliarden soll der damalige Minister Jens Span (CDU) für Masken ausgegeben haben, die laut Rechnungshof nicht wirklich halfen: "Im Ergebnis war der überwiegende Teil der gekauften Schutzmasken ohne Nutzen für die Pandemie-Bekämpfung." Mehr als die Hälfte wurde vernichtet. Weniger als ein Drittel in Deutschland verteilt.

Dabei hätte der Schaden geringer sein können, wenn das Bundesgesundheitsministerium nicht a) zu viele Masken eingekauft hätte und b) nicht von Verträgen zurück getreten wäre. Außerdem gab es Ärger mit schlechter Qualität und Regressforderungen. Der wesentliche Fehler war das Verfahren des Einkaufs. Man versprach am 27.3.2020 je gelieferter Maske 4,50 €, wenn sie vor dem 30.4.2020 geliefert würde. Prompt wurde das Ministerium mit Verträgen und Masken überschüttet. Die 2,3 Milliarden enthalten übrigens weder Anwalts- noch Gerichtskosten, oder Zinsen.

Noch mehr Geld versenkt die Deutsche Bahn in Prestige-Projekten ohne verkehrlichen Nutzen, wie etwa die Verlegung des Stuttgarter Bahnhofs unter die Erde samt Rückbau der Kapazität, was bisher ungefähr 11 Milliarden kostet und 2026 in Betrieb gehen soll. Die Renovierung des alten Bahnhofs hätte laut Bahn 1,5 Milliarden gekostet, die sie durch den Neubau (den bezahlen angeblich der Bund, sowie die Projektpartner Land Baden-Württemberg, Stadt Stuttgart und Flughafen, und nicht die Bahn) sparen wollte. Wahrscheinlich bleibt sie auf den Kosten sitzen, die das Defizit der Bahn erheblich erhöhen. Die Folgen trägt der Fahrgast, bzw. der Güterverkehr. Dass dieses fragwürdige Projekt von der CDU (Oettinger) und der SPD gewünscht war, sei nicht verschwiegen. Der Rechnungshof hat gerügt, das der Bund als Eigentümer die Bahn nicht ausreichend kontrolliere. Auch die enorme Kostensteigerung von 2,4 auf 11 Milliarden wurde von Rechnungshof vorher errechnet und kritisiert.

Auch die Bahn-Tochter Arriva, die in 14 europäischen Ländern aktiv ist, und andere Engagements der Bahn (sie ist größter Spediteur zwischen Amerika und Ostasien) haben Milliarden Verluste eingefahren. Der Bundesrechnungshof kritisierte im Mai 2020 das Wirtschaften der Bahn und geplante Zuschüsse, die nicht dazu dienen dürften Fehler der Vergangenheit fort zu setzen. Die Bahn konterte: "Die Vorwürfe des Bundesrechnungshofes sind schlicht falsch." Doch der Service der Bahn wird seit Jahren immer schlechter...

Dabei sollte die Bahnreform von 1990 unter Helmut Kohl nicht nur die beiden Deutschen Bahnen vereinen, sondern durch Tilgung der Schulden einen Neuanfang ermöglichen, der an der Börse enden und dort Gewinne erzielen sollte. Das Ergebnis ist bis heute kläglich.

Dagegen nimmt sich der ehemalige Verkehrsminister Andreas Scheuer fast läppisch aus: Seine voreilige Bestellung von Systemen für die Pkw-Maut, noch ehe der Europäische

Gerichtshof das Projekt ablehnte, führte dazu, dass die beteiligten Firmen Schadensersatz forderten. Immerhin scheint die Summe von 500 Millionen auf 243 Millionen gesunken zu sein.

Dass Scheuer dabei möglicherweise gegen mehrere Gesetze verstoßen hat, rügte der Bundesrechnungshof im Oktober 2019: Durch das Vorgehen des Bundesverkehrsministers Andreas Scheuer sei „Vergaberecht verletzt“ und „gegen Haushaltsrecht verstoßen“ worden. Im folgenden „2. Untersuchungsausschuss der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages“ stellte sich heraus, dass sämtliche Daten des Mobiltelefons von Andreas Scheuer gelöscht worden waren, obwohl er als Minister hätte wissen müssen, dass Akten (und dazu zählen auch Kommunikationsdateien) dem Bundesarchiv zu liefern sind. Ebenfalls beantragte der Untersuchungsausschuss die Herausgabe der Handydaten des ehemaligen Staatssekretärs Guido Beermann. Auch diese Daten wurden nach seinem Ausscheiden als Staatssekretär gelöscht, obwohl der Untersuchungsausschuss zu diesem Zeitpunkt schon absehbar war. Das sieht nicht nach „Versehen“ sondern nach Absicht aus, was den Verdacht weckt, dass man ein schlechtes Gewissen hatte, oder Fehler verschleiern wollte. Helmut Kohl konnte sich noch darauf berufen, dass er „keine Erinnerung“ mehr zu unangenehmen Details habe. Heute liefern Handys be- oder entlastende Daten. Dass auch der ehemalige Ministerpräsident Mappus (CDU) angeblich nicht wusste, dass er seine Akten und Daten dem Landesarchiv anzubieten hätte, zeigt, dass das Löschen von Mobilfunkdaten vermutlich öfter zum eigenen Schutz erfolgt und nicht aus Unkenntnis.

Die drei Beispiele Masken, Bahn und Maut führen zu einem Verlust von 2,3 plus 9,5 Milliarden plus 243 Millionen, also rund 12 Milliarden, die allein den Verkehrsministern anzulasten sind. Kein Wunder, wenn Geld fehlt, wenn diejenigen die eigentlich für einen sorgsam und sparsamen Umgang sorgen sollten, sich solche Fehler erlauben. Dass es vor allem CSU Verkehrsminister (Seehofer, Dobrindt, Scheuer) waren, die nebenbei auch viel Geld für bayerische Projekte übrig hatten, spricht Bände.